



# Budgetstreit geht in nächste Runde

**Finanzen** Der Nationalrat hat das Schreckensszenario «Notbudget» in letzter Minute abgewendet. Nun beginnt das Seilziehen zwischen den beiden Räten. Und auch um künftige Sparrunden wird bereits gefeilscht.



«Ein Notbudget sollte es nur in Extremsituationen geben», sagt SVP-Nationalrat Thomas Aeschi.

**Maja Briner**

Wäre die Budgetdebatte ein Spiel, so hätte es für den Nationalrat gestern geheissen: Zurück auf Feld eins, letzte Chance, sonst ist es vorbei. Nachdem vergangene Woche eine unheilige Allianz von SP und SVP das Budget 2017 abgelehnt hatte, musste der Nationalrat die Beratungen nochmals von vorne beginnen – und das unter erhöhtem Druck: Bei einem erneuten Nein wäre der Voranschlag zurück an den

Bundesrat gegangen. Dieser hätte ein Notbudget für das kommende Jahr aufgleisen müssen.

Doch so weit kam es nicht. Die SP stimmte zwar erneut gegen den Voranschlag, da dieser aus ihrer Sicht zu viele Kürzungen enthält. Die SVP-Nationalräte hingegen drückten diesmal nicht auf den Nein-Knopf, sondern enthielten sich mehrheitlich. So kam das von SVP-Finanzminister Ueli Maurer vorgelegte Budget im

zweiten Anlauf mit 82 zu 52 Stimmen bei 65 Enthaltungen doch noch durch den Nationalrat.

Die SVP schwenkte um, obwohl der Nationalrat ihr keine Zugeständnisse machte. Trotz der Gefahr eines Totalabsturzes schmetterten CVP, FDP und BDP die Anträge von links wie von rechts ab. Der Schwyzer CVP-Nationalrat Alois Gmür sagte nach der Debatte: «Die SVP wollte uns unter Druck setzen. Wir sind aber



nicht darauf eingegangen.» Stattdessen habe in der Mitte ein Schulterchluss stattgefunden.

### Mehr Geld für Bauern, weniger für die Verwaltung

Nach gut zweistündiger Diskussion sah der Voranschlag gestern wieder gleich aus wie letzte Woche: Der Nationalrat kürzte bei den Asylkosten und den Personalausgaben, im Gegenzug stockte er bei den Direktzahlungen für die Bauern, bei der Bildung sowie beim «Schoggi-Gesetz» auf. Insgesamt weist das Budget in der nationalrätlichen Version ein Defizit von einer Viertelmilliarde Franken auf; bereinigt um konjunkturelle Effekte resultiert aber ein Saldo von 88 Millionen.

SVP-Nationalrat Thomas Aeschi (ZG) sagt, die SVP sei mit dem Budget nach wie vor nicht einverstanden: «In guten Zeiten sollte es kein Defizit geben.» Dennoch entschied sich die SVP, sich in der Gesamtabstimmung zu enthalten. Aeschi betont, die SVP habe einige Anträge durchgebracht, auch werde die Schuldenbremse eingehalten. «Und ein Notbudget sollte es nur in Extremsituationen geben», erklärt Aeschi das Umschwenken der SVP. Zudem habe die Partei zuletzt Anzeichen erhalten, dass die Bürgerlichen bei künftigen Sparpaketen gemeinsam mit der SVP Anträge durchsetzen könnten.

### Entwicklungshilfe erneut im Visier

Der Luzerner FDP-Finanzpoli-

tiker Albert Vitali zeigte sich gestern nach der Debatte erfreut über die Beschlüsse: «Wir haben eine gute Ausgangslage geschaffen.» Der Nationalrat habe das Budget im Vergleich zur Version des Bundesrats um über 300 Millionen verbessert. Ungeschoren davon kam der Budgetposten Internationale Entwicklungszusammenarbeit, den die SVP gerne kürzen möchte. Bereits zeichnet sich aber ab, dass dieser bei künftigen Sparrunden ins Visier

## «Die letzte Mail hat die beiden Kommissions-sprecher um 4.24 Uhr erreicht.»

Thomas Müller  
Nationalrat (SVP/SG)

genommen werden dürfte: Die FDP stellt die sogenannte APD-Quote von 0,5 Prozent wieder zur Diskussion. Die Quote regelt, welcher Anteil des Bruttonationaleinkommens in die Entwicklungshilfe fliesst. FDP-Nationalrat Vitali sagt: «Es muss diskutiert werden, ob diese Quote noch richtig ist bei der heutigen Finanzlage.» Erst im Sommer hatte das Parlament eine Sen-

kung auf 0,45 Prozent knapp abgelehnt.

Die CVP will sich dieser Diskussion nicht versperren. Gmür betont, die CVP halte sich an den Beschluss des Parlaments von 0,5 Prozent. Gleichzeitig schränkt er ein: «Sollten die finanziellen Voraussetzungen des Bundes sich derart ändern, dass ein solcher Betrag nicht mehr zu verantworten ist, muss diese Quote gesamthaft neu diskutiert werden.» Dazu sei die CVP bereit.

Zunächst aber gilt es, das Budget 2017 unter Dach und Fach zu bringen. Denn National- und Ständerat sind sich in mehreren Punkten noch nicht einig. Der Nationalrat möchte insbesondere bei den Asylkosten sowie beim Bundespersonal und allgemein bei der Verwaltung sparen, der Ständerat lehnte dies bisher ab. Bis Ende nächster Woche müssen sich die beiden Räte einigen.

### Überstunden bis spät in die Nacht

Dass die Zeit drängt, bekamen auch die Mitarbeitenden der Parlamentsdienste zu spüren. Sie mussten die Dokumente für die Nationalratsdebatte vorbereiten – offenbar bis tief in die Nacht. SVP-Nationalrat und Kommissions-sprecher Thomas Müller (SG) bedankte sich gestern bei ihnen. «Das letzte Mail hat die beiden Kommissions-sprecher um 4.24 Uhr erreicht», sagte er. Wie viel diese Nachtschichten kosteten, konnten die Parlamentsdienste nicht beziffern.